



(Foto: Prof. Dr. Stefan Fröhlich)

Mit dem Antritt der neuen Administration in Washington verbinden nicht nur Europäer die Hoffnung auf eine Rückkehr der USA auf die Weltbühne und zum Multilateralismus der Obama-Jahre. Ihre Erwartungen könnten allerdings enttäuscht werden, wenn sie Bidens Bekenntnis zur unerschütterlichen Schutzgarantie der USA als Signal in Richtung eines status quo ante im transatlantischen Verhältnis werten. Zudem könnte Biden mit seinem Anspruch der Wiederherstellung Amerikas machtpolitischer wie moralischer Dominanz an den Erwartungen der amerikanischen Gesellschaft scheitern.

Prof. Dr. Stefan Fröhlich ist Professor für Internationale Politik und Politische Ökonomie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und lehrt seit vielen Jahren als Gastdozent am Collège d'Europe in Brügge und Natolin (Warschau) und den Universitäten Bonn, Oxford und Zürich.

Zur Außenpolitik der Biden-Administration

Erste Äußerungen, etwa auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2021 und Dekrete des US-Präsidenten zu den Prinzipien und Schwerpunkten seiner Außenpolitik verheißen zwar die Rückkehr Amerikas zu Diplomatie, Bündnissen und Kooperation (so durch die Rückkehr zum Pariser Klimaabkommen und zur WHO, die Ankündigung eines „globalen Demokratiegipfels“ oder das Versprechen des weltweiten Einsatzes für die Pressefreiheit). Gleichzeitig aber wird die künftige Außenpolitik des Landes durch zwei Entwicklungen erhebliche Einschränkungen erfahren und am Ende in der Substanz alles andere als die angekündigte radikale Abkehr von der Politik des Vorgängers bedeuten.

- Zum einen lasten die innenpolitischen Herausforderungen so stark auf den Schultern des Präsidenten, dass die abermalige Übernahme der globalen Führungsrolle das Land ökonomisch überfordern und von der Gesellschaft mehrheitlich auch nicht akzeptiert würde.
- Zum anderen verlangen die neuen geopolitischen Realitäten eine pragmatischere, weniger idealistische Außenpolitik und den Abschied vom Konzept des US-Exzeptionalismus, wonach die USA eine moralisch überlegene, einzigartige und von Grund auf demokratische Nation sei, die zur globalen Führung bestimmt ist (Burke 2020) diese Idee mag zwar unverändert tief in der neuen Regierung verankert sein, erfordert aber insofern Abstriche, als das Land nach vier Jahren Trump wohl nicht allzu rasch

seine gewohnte Sonderrolle beanspruchen kann.

Die Welt und die Machtverhältnisse haben sich spätestens seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise radikal verändert. Die Jahrzehnte währende US-Hegemonie gründete v.a. auf Amerikas überragender Wirtschaftsmacht (bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts generierte diese rund ein Drittel des globalen BIP) und seiner militärischen Überlegenheit. Heute sorgt China für ein Drittel des globalen Wirtschaftswachstums. Gemessen an der Wirtschaftsleistung in Kaufkraftparitäten hat das „Reich der Mitte“ als aufstrebende Supermacht die USA und die EU-27 bereits überholt, auch wenn der pro-Kopf-Wert mit knapp 45% des EU-Niveaus noch hinterherhinkt. Die Modernisierung des Landes und sein unaufhaltsamer Aufstieg als ebenbürtiges Kraftzentrum der Weltwirtschaft neben den USA und der EU wird nicht zuletzt dadurch deutlich, dass mit ca. 1,5 Millionen Patenten fast die Hälfte der weltweiten Patentanmeldungen in 2019 auf China entfiel und seine Innovationsinvestitionen im Volumen mittlerweile in etwa denen der USA entsprechen. Hinzu kommt, dass sich die Welt gerade in den vergangenen vier Jahren unter Trump auch ohne die USA arrangiert hat. Die neue Administration wird es daher schwer haben, auch unter Bündnispartnern verloren gegangenes Vertrauen in die USA zurückzugewinnen und das Bild des Landes zu verbessern.

Weniger stark wiegt hingegen ein strukturelles Problem für die neue Administration. Gerade in der Außenpolitik dürfte der Verlust der qualifizierten Mehrheit im US-Senat zu verschmerzen sein: Republikaner werden zwar künftig in der Lage sein, die ehrgeizige sozial-, umwelt- und wirtschaftspolitische Agenda der Biden-Administration zu blockieren, in der Außenpolitik aber besteht hinsichtlich der zentralen Herausforderungen (u.a. Umgang mit China und Russland, Zukunft der NATO, Handel) nach wie vor Potential für parteiübergreifende Kompromisse.

Erneuerung im Innern als Voraussetzung für die Umsetzung außenpolitischer Ziele

Vor diesem Hintergrund gewinnt eine außenpolitische Agenda Kontur, deren Voraussetzung zunächst in der ökonomischen und institutionellen Erneuerung liegt. Die Hauptaufgabe für die Biden-Regierung besteht darin, die immensen Krisen im Innern des Landes zu bewältigen: Die andauernde Pandemie, die das Land in die schwerste Rezession seit Ende des Zweiten Weltkriegs geführt und die Schwächen eines Gesundheitssystems offenbart hat, das in Sachen Effizienz dem eines Entwicklungslands entspricht; die astronomische Verschuldung der öffentlichen Haushalte; schließlich die sozialen Spannungen, die den vorläufigen Höhepunkt einer seit Jahren anhaltenden und durch xenophobe Ressentiments von Republikanern beförderten tiefen Spaltung des Landes markieren.

Die USA können angesichts dieser Herausforderungen nicht den „wohlwollenden Hege-mon“ spielen und anderen helfen, sondern müssen sich zunächst selbst helfen. Diese Einsicht spiegelt sich auch in landesweiten Umfragen wider, wonach die Mehrheit der Biden unterstützenden Amerikaner zwar eine Rückkehr zu einem stärkeren internationalen Engagement wünschen, den innenpolitischen Themen aber weit größere Bedeutung beimessen. Das Meinungsforschungsinstitut Pew bestätigt, dass für rund Dreiviertel der Amerikaner die Sicherung des Arbeitsplatzes im Kontext der künftigen Außenwirtschaftspolitik Priorität hat; ähnliche Werte erzielten die Bekämpfung der Pandemie und der Klimaschutz als zentrale außenpolitische Ziele, auch wenn bei diesen „weichen“ Politikfeldern die parteipolitischen Differenzen deutlicher waren. Schließlich erklärte die Regierung selbst die Frage nach der Überwindung der ideologischen Spaltung zur größten Herausforderung, wohl wissend, dass dies nicht nur Voraussetzung für den sozialen

Frieden im Lande und die Erneuerung des Vertrauensverhältnis zu den Verbündeten in Europa und Asien ist, sondern auch für Amerikas Rückkehr auf die Weltbühne.

Letztere wird nur gelingen, wenn Biden die parteipolitische Polarisierung überwindet und nicht radikal mit Trumps Außenpolitik bricht. Dies verlangt eine politische Gratwanderung zwischen einer mehrheitlich von Demokraten (zwei Drittel) gewünschten aktiven globalen Rolle Amerikas im Schulterschluss mit seinen Verbündeten und einer mehrheitlich von Republikanern (zwei Drittel) geforderten Politik, die an den eigenen Interessen orientiert ist.

Im Großmächtekonflikt mit China und Russland

Auch für die Biden-Regierung ist der Machtkampf mit China die zentrale außenpolitische Herausforderung. Bereits im Wahlkampf hat der Präsident deutlich gemacht, dass er an der Politik seines Vorgängers gegenüber Peking abgesehen von Ton und Stil nichts ändern wollte. Entsprechend unterzeichnete er gleich nach Amtsantritt eine Verordnung, welche die „buy American“-Politik bei der Vergabe öffentlicher Aufträge stärken soll. Gleichzeitig machte er deutlich, dass Washington im Umgang mit autoritären Regimen weiterhin Sanktionen anwenden und gegenüber China keine vorzeitige Aufhebung der Strafzölle vornehmen werde.

Damit bestätigt Biden, was Trumps „America first“-Politik keinesfalls begonnen hatte. Vielmehr stand bereits dessen Wahl für eine verspätete Reaktion auf die ökonomische, strategische und ideologische Herausforderung durch China, die mit Xi Jinpings Wahl zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas 2012 zunehmend größer geworden und bereits während der Obama-Jahre erkennbar war, vom damaligen Vize-Präsidenten aber im Glauben an eine unverändert mögliche Entspannung mit der aufsteigenden Großmacht noch ignoriert wurde. Diese Tage gehören der

Vergangenheit an. Im Mittelpunkt eines zunehmend geoökonomischen Machtkampfs sieht auch Biden Amerikas wirtschaftliche und technologische Überlegenheit bedroht – mit Konsequenzen auch für die militärische Sonderstellung der USA und damit ihrer globalen Führungsposition. Ausdruck dieser Sorge ist nicht zuletzt sein Team für die nationale Sicherheit, das bereits in den vergangenen vier Jahren seine Einstellung gegenüber China verschärft hatte.

Ein Ende des Handels- und Technologiekriegs, vor allem der Maßnahmen, mit denen das US-Handelsministerium noch im September 2020 Huawei und andere chinesische Firmen von den hochwertigen US-Halbleitern abgeschnitten hatten, die nicht nur von US-Unternehmen, sondern auch von europäischen und asiatischen Firmen produziert werden, die US-Technologie oder -Patente nutzen, wird es somit wohl so schnell nicht geben. Sie sind, als Vermächtnis der Trump-Regierung, ein zu starker Trumpf für die neue Administration in künftigen Verhandlungen mit Peking. Noch kann es China nicht mit der technischen Qualität aufnehmen, die Taiwans Halbleiterhersteller TSMC liefert. Pekings Ziel ist es, Zeit zu kaufen, während es aufholt, und «technologische Selbstständigkeit» zu erreichen. Für Biden ist es daher naheliegend, zumal da dies ein Thema ist, bei dem er der Unterstützung der Republikaner sicher sein kann, ein Chip-Gesetz zu verabschieden, das die heimische Halbleiterproduktion fördert. Und er dürfte in diesem Kampf um die künftige technologische Vorherrschaft auch den Druck auf die Europäer und andere Drittsatten erhöhen, sich an der Seite Washingtons zu positionieren.

Trump machte es Europäern in den vergangenen vier Jahren leicht, sich nicht für die eine oder andere Seite entscheiden zu müssen. Hedging nennen Amerikaner dies, eine Politik, bei der man sich in beide Richtungen hin absichert. Mit seinem ideologisch motivierten Aufruf zum Bündnis der „freien Welt“ gegen China

versuchte Trump vergeblich, Europa in einen Konfrontationskurs gegenüber Peking zu zwingen. Seine eigene Abkehr von den Grundpfeilern dieser „freien Welt“ erlaubte es Europa aber, gegenüber beiden Seiten vor allem in Handelsfragen eine weitgehend neutrale Haltung einzunehmen, die Peking geschickt nutzte, sich Europa als neuen Verbündeten zur Rettung des freien Welthandels anzudienen. Dies wird unter Biden nicht funktionieren. Er wird im Gegenteil Europäer dazu zwingen, sich von jeder Äquidistanzpolitik zwischen den beiden Supermächten zu verabschieden, wenn es um Chinas Verstöße gegen den Geist der Welthandelsorganisation geht. Dabei wird er, anders sein Vorgänger, Europa nicht zu einem offenen Konfrontationskurs gegenüber Peking drängen. Eine offene Konfrontation wird auch die neue Administration in Washington angesichts der neuen geopolitischen Realitäten im asiatisch-pazifischen Raum nicht riskieren wollen.

Eine glaubhafte Abschreckung im Fall einer Blockade oder Invasion von Taiwan (als unverändert größte Gefahr für eine militärische Konfrontation), wonach die US-Streitkräfte binnen weniger Tage in der Lage sein müssten, alle chinesischen Marineschiffe, U-Boote und Handelsschiffe im Chinesischen Meer versenken, ist angesichts Chinas militärischer Aufrüstung der vergangenen Jahre zunehmend schwieriger aufrechtzuerhalten. Die National Security Commission on Artificial Intelligence sieht im Gegenteil die amerikanische Regierung zurzeit technologisch nicht ausreichend gewappnet, um angemessen auf eine solche militärische Bedrohung zu reagieren (National Security Commission on Artificial Intelligence 2021).

Auch die Biden-Regierung wird sich daher zur Einhegung chinesischer Ambitionen künftig stärker auf die sicherheitspolitische „Ertüchtigung“ (enabling) der wichtigsten strategischen Partner in der Region verlegen wollen.

Umgang mit Russland

Entschlossener als sein Vorgänger wird Biden zudem russischen Ambitionen zur Aufteilung der Welt in Interessensphären entgegentreten, gleichwohl seine bisherigen Botschaften in Richtung Moskau ähnlich wie im Fall Chinas so zu interpretieren sind, dass er Russland künftig vor allem mit nicht-militärischen Mitteln begegnen will. Der Schulterchluss mit der EU im Fall neuer Sanktionen gegen Moskau in der Navalny-Affäre deutet jedenfalls darauf hin und zeigt, wo die Regierung Moskau treffen will. Biden weiß um die wirtschaftliche Schwäche des Landes und dass es die vergangenen Jahre ungenutzt hat verstreichen lassen, um die einst von Putin verkündete Modernisierung der Wirtschaft voranzubringen. Das Land lebt weiter vor allem vom Rohstoffexport, die Gewinne der russischen Banken und anderer Unternehmen schmelzen dahin, die Reallöhne fallen und die Kapitalflucht bleibt ungebrochen hoch. Die Idee ist einfach: Russland finanziell und wirtschaftlich schwächen, damit es seine aggressive Außenpolitik nicht fortsetzen kann. Ungleich schwerer wird es hingegen sein, Russland bei seinen militärischen Interventionen in der Ukraine, in Syrien oder im Libyen beizukommen, zumal auch Biden keine neuen Kriege anfangen will. Immerhin verbuchte sein Vorgänger diese Besonderheit parteiübergreifend als Erfolg seiner Amtszeit.

Die Liste der sicherheitspolitischen Herausforderungen im Fall Russlands ist darüber hinaus lang und zählt zu den außenpolitischen Prioritäten der neuen Regierung, die sich wie im Fall Chinas auf einen parteiübergreifenden Konsens stützen dürfte. Sie umfasst vor allem Maßnahmen zur Stärkung der eigenen Resilienz gegenüber Russlands Cyberattacken und Desinformationskampagnen, die wahrscheinliche Aufstockung der Militärhilfe für die Ukraine, die Einforderung der Beteiligung der USA am Verhandlungsformat über die Ostukraine (Normandie-Vier) und schließlich die Stärkung der

NATO zur Eindämmung russischen Einfluss in der östlichen Nachbarschaft der EU. Gleichzeitig aber deuten erste Reden des Präsidenten darauf hin, dass sich auch Spielräume für eine Zusammenarbeit mit Russland ergeben, die vor allem die strategische Stabilität und Rüstungskontrolle sowie die Nichtverbreitung von Kernwaffen betreffen. Ein erstes Angebot hat die Regierung mit Blick auf den START-Vertrag zur Abrüstung strategischer Offensivsysteme vorgelegt. Den am 5. Februar 2021 ausgelaufenen Vertrag will sie um fünf Jahre ohne Bedingungen verlängern.

Eine „Allianz von Demokratien“ und die Rückkehr zur Bündnispolitik

Bei der Einhegung Chinas wie Russlands setzt die Biden-Administration auf eine Koalition mit Europäern und gleichgesinnten Demokratien, das nicht direkt gegen China und Russland, sondern gegen eine Abkehr von der liberalen internationalen Ordnung gerichtet ist. Eine solche funktional ausgerichtete Koalition soll sich nach Vorstellung Washingtons mit Fragen der multilateralen Kooperation in den Bereichen Digitalisierung (5G-Mobilfunk-Sicherheitsstandards), Cyberspionage und Künstliche Intelligenz, Klimaschutz, Exportkontrolle und Lieferketten befassen, sprich den globalen geökonomischen und „weichen“ Politikfeldern. Vor allem für Europa bedeutet dies, einerseits das Koordinatensystem wieder klarer in Richtung Washington auszurichten, andererseits den Gesprächsfaden zu den Regimen in Peking und Moskau dennoch nicht abreißen zu lassen und gerade mit China größere Handelskonflikte zu vermeiden. Beides wird diplomatisches Geschick und eine Politik erfordern, die die Bereitschaft zur Abstimmung in diesen Fragen allerdings auch an den amerikanischen Verzicht auf gegen die eigenen Verbündeten gerichtete extraterritoriale Sanktionen koppelt.

Der eigentliche Lackmustest aber wird für Europäer die Entwicklung einer echten strategischen Partnerschaft mit den USA sein. Unter

dem neuen Präsidenten steht Europas Glaubwürdigkeit endgültig auf dem Spiel, wenn es um die Frage der Zukunft der NATO geht. Dabei ist die Ausgangslage insofern paradox, als Trump während seiner Amtszeit das Bündnis zwar dauerhaft in Frage stellte, gleichzeitig aber die US-Ausgaben für die NATO im Vergleich zu seinem Vorgänger Obama sogar erhöhte und mit seinem Druck auch die europäischen Bündnispartner zur Aufstockung ihrer Verteidigungsausgaben motivierte. Vor diesem Hintergrund verstärkte sich die Spaltung Europas, als vor allem die Mitgliedstaaten an der Ostflanke des Bündnisses sowie die Südeuropäer (Spanien, Griechenland, Portugal) weiter die Nähe zu Washington suchten, während die Schwergewichte Frankreich und Deutschland zunehmend für eine strategische Autonomie Europas plädierten.

Unter dem neuen US-Präsidenten wird sich an dieser Entwicklung so schnell nichts ändern, vielmehr wird sich die Erwartungshaltung an ein pro-aktiveres Europa in Fragen der Sicherheit unter ihm noch verstärken, auch wenn Biden die wachsende Bereitschaft zu einer stärkeren Rolle der Europäer in der Bündnispolitik anerkennt und offensichtlich weniger am Fetisch des 2-Prozent-Ziels der NATO hängt als die Vorgänger-Regierung. Entscheidend aber auf dem Weg zur europäischen Autonomie wird sein, dass diese sich auch im Sinne der aus Sicht Washingtons notwendigen Neudefinition der NATO entwickelt – mit dem Bekenntnis zur Abschreckung nicht nur Russlands, sondern auch Chinas (globale NATO); verstärkten Anstrengungen im Bereich der nicht-kinetischen Angriffe (Cyberangriffe, Energiesicherheit); der Anerkennung einer künftigen Arbeitsteilung, bei der Europa eine stärkere sicherheitspolitische Rolle an der Südflanke des Bündnisses übernimmt; und schließlich einer stärkeren wechselseitigen Öffnung der Rüstungsmärkte.

Sollten diejenigen, die eine größere strategische Autonomie wünschen, gleichzeitig aber um die (noch) unverändert zentrale

sicherheitspolitische Rolle der USA in Europa wissen, in diesen Punkten nicht liefern, kann das Bündnis sehr rasch wieder in Turbulenzen geraten. Noch steht Europa in der Gunst des „Biden-Lagers“ hoch im Kurs (was man nach Umfragen umgekehrt nicht behaupten kann: noch nie war die Meinung der Europäer von Amerika, vor allem hierzulande, schlechter als in den vergangenen vier Jahren und auch Biden wird Zeit brauchen, dieses Bild zu korrigieren). In Amerika aber könnte der Glaube an Europa nachhaltig beschädigt werden, wenn Europa diejenigen enttäuscht, die Biden gewählt haben. Dann ist die wechselseitige Entfremdung unumkehrbar. Dann muss Europa, dann müssen vor allem Frankreich und Deutschland endgültig die Konsequenzen tragen - durch glaubwürdige Abschreckungskapazitäten, abgesichert durch französische Nuklearstreitkräfte, und Kopplung ihrer militärischen Fähigkeiten und Kulturen.

Die strategische Unsicherheit im Nahen und Mittleren Osten bleibt

Die höheren Erwartungen an die Bündnispartner in Europa sind untrennbar auch mit Amerikas künftiger Rolle im Nahen und Mittleren Osten verbunden. Die neue Administration in Washington hat deutlich gemacht, dass sie an der Grundhaltung der beiden Vorgänger-Administrationen festhalten will: seit dem Libyen-Einsatz der NATO 2011 haben sich die USA sukzessive aus der Region als entscheidender Konflikt- und Krisenmanager zurückgezogen und erwarten die Übernahme größerer Verantwortung durch die europäischen Bündnispartner. Über die Motive für den Rückzug ist viel spekuliert worden, sicherlich aber erfolgte der Rückzug nicht allein aus geoökonomischen Gründen; Fracking bzw. die sogenannte „shale gas revolution“ haben die USA zwar weitgehend Ressourcen-unabhängig von der Region gemacht, an deren geopolitischer Bedeutung im Sinne der strategischen Partnerschaften v.a. zu Israel und Saudi-Arabien, zentraler

Knotenpunkte für den globalen Handel und der notwendigen US-Präsenz zur Aufrechterhaltung des globalen (Mit)Führungsanspruchs aber nichts geändert.

Entscheidend für den partiellen Rückzug ist vielmehr die seit Jahren deutlich spürbare Kriegsmüdigkeit vor allem in der Bevölkerung. Die Militärinterventionen seit den Terroranschlägen 2001 haben das geopolitische Kräftegleichgewicht zwischen Sunniten und Schiiten in der Region zunächst zugunsten Letzterer verschoben, amerikanische Steuerzahler jährlich dreistellige Milliardenbeträge gekostet und keine nachhaltigen politischen Lösungen in den betroffenen Ländern gebracht. Das Konzept der „humanitären Interventionen“ gilt auch in Washington parteiübergreifend zunehmend als gescheitert.

Auch Biden will daher, wie Trump, die „ewigen Kriege“ in der Region (Afghanistan, Irak, Syrien und Jemen) beenden und es ist fraglich, ob es unter ihm wieder eine Erhöhung der US-Truppenpräsenz geben wird. Wie dies gelingen soll, ist allerdings nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen parteipolitischen Vorstellungen in Bezug auf den Umgang mit wichtigen strategischen Partnern und Iran umstritten. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit lösten Bidens Vorschläge einer Rückkehr zum Atomabkommen mit Iran sowie der Einstellung der US-Unterstützung für den Militäreinsatz Saudi-Arabiens und verbündeter Staaten gegen die Huthi-Rebellen im Jemen heftige Kritik aus. Die Gefahr ist groß, dass die USA, ähnlich wie unter der Obama-Administration mit ihrer Äquidistanzpolitik zwischen Riad und Teheran, zwischen die Stühle der wichtigsten regionalen Protagonisten geraten, die strategischen Unsicherheiten in der Region dadurch weiter verstärken, und am Ende denjenigen, die das durch den US-Rückzug entstandene Machtvakuum füllten (Russland, China und die Türkei), die Möglichkeit liefern, ihre dortigen Positionen zu festigen. Dies liegt vor allem an dem bekundeten Willen der neuen Administration, wieder eine

konsequenterer Haltung in Menschenrechtsfragen einnehmen, gleichzeitig aber an unter diesem Aspekt fragwürdigen strategischen Partnerschaften festhalten zu wollen. Welcher Gratwanderung ein solcher Spagat gleicht, bekam Biden unmittelbar zu spüren, als die USA den saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman al-Saud zunächst beschuldigten, den Mord an Jamal Khashoggi in Auftrag gegeben zu haben, in Konsequenz aber keine Sanktionen gegen Salman, sondern nur gegen eine saudische Eliteeinheit verhängten, die an dem Mord beteiligt gewesen sein soll.

Auch in der Frage der geplanten Rückkehr zu den Atomverhandlungen mit Iran ist der Spielraum der Administration begrenzt. Zwar kann der Präsident auch in diesem Fall Trumps Maximalforderungen als Verhandlungspfund gegenüber Teheran wie den Europäern nutzen, inwieweit Teheran aber den Bedingungen des Einbezugs der Fragen nach seiner „destruktiven“ Rolle in der Region sowie seinem ballistischen Raketenprogramm nachgibt, bleibt offen. Sollte Biden jedoch in diesen Punkten Abstriche machen, wird er nicht nur bei den Falken im Republikaner-Lager und in der eigenen Partei auf Widerstand stoßen, sondern auch bei den verbündeten Golfstaaten. Biden wird die berechtigten Befürchtungen vieler arabischer Staaten nicht ignorieren können und wird sie bei einer möglichen Neuverhandlung des Abkommens berücksichtigen müssen. Dabei kann er nur darauf hoffen, dass die desolote wirtschaftliche Lage infolge der US-Sanktionen und der COVID-19-Pandemie die iranische Führung zu Kompromissen zwingen könnte.

Ähnlich schwierig dürfte sich die Positionierung der neuen Administration schließlich im Konflikt zwischen Israel und der arabischen Welt gestalten. Trumps uneingeschränkte Unterstützung Israels für die Annexion großer Teile des Westjordanlandes ist in den Augen Bidens zwar ein klarer Verstoß nicht nur gegen das Völkerrecht, sondern auch gegen die Resolutionen der Vereinten Nationen, denen die

Vereinigten Staaten einst selbst zugestimmt hatten. Im Übrigen bedeutete die Umsetzung des „Deals“ das Ende der Zwei-Staaten-Lösung und eine nicht hinnehmbare Gefährdung der Sicherheit Jordaniens.

Die neue strategische Logik

Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass Biden mit seinem Anspruch der Wiederherstellung Amerikas machtpolitischer wie moralischer Dominanz an den Erwartungen einer Gesellschaft scheitert, die den Erfolg der neuen Administration ungebrochen an der Durchsetzung der von Trump praktizierten Logik des „America first“ festmacht. Die USA befinden sich an einem Punkt, da der an den Zielen einer aktiven Demokratieförderung orientierte globale Führungsanspruch der beiden vergangenen Dekaden hinter eine an den Interessen der US-Bevölkerung orientierten Politik zurückgetreten ist. Der damit verbundenen Gefahr des Kontrollverlusts und der Aufgabe wichtiger strategischer Partner der USA, die sich auf die traditionelle Sicherheitsgarantie der USA nicht mehr verlassen können und nach Alternativen suchen, muss die neue Administration durch eine aktivere Entwicklungs- und Investitionspolitik begegnen, welche die USA wieder zur attraktiven Alternative für die Staaten macht, die sich von Südost- über Zentralasien und den Mittelmeerraum bis nach Europa in der vergangenen Dekade vor allem aus ökonomischen Motiven heraus zunehmend an China (Seidenstraßen-Projekt) oder Russland gebunden haben.

Dabei dürfte sie sich von zwei Grundsätzen leiten lassen:

- Erstens, bei aller machtpolitischen Rivalität und dem Ziel der Bewahrung des globalen Führungsanspruchs zwingen die geoökonomischen Realitäten und wechselseitigen Abhängigkeiten gerade im Verhältnis zu China die USA dazu, dort mit Peking und Moskau zusammenzuarbeiten, wo Kooperation

alternativlos ist; dies gilt für Fragen künftiger Pandemievorbeugung, des Klimaschutzes, der Gestaltung einer fairen Handelsordnung wie der Rüstungskontrolle.

- Zweitens, Amerika braucht Partner - dies war die wohl deutlichste Botschaft des neuen US-Präsidenten. Im für Washington zentralen Machtkampf mit China wird die Frage danach, wer in diesem obsiegt, nicht an größeren Militärhaushalten, Anteilen an

globalen Bruttoinlandseinkommen oder technologischen Fähigkeiten festgemacht. Entscheidend im künftigen geopolitischen Wettstreit wird vielmehr die Frage nach der Allianzdynamik sein – eben das Bündnisnetzwerk bescherte den USA die Jahrzehnte währende globale Dominanz. Seine Wiederbelebung wird die entscheidende Aufgabe für die neue Administration. Und der entscheidende Lackmustest für die europäischen und asiatischen Partner.

Bisher erschienen:

GSP-Einblick 1/2020, März: „Dr. Hans-Peter Bartels im GSP-Interview“ von Prof. Dr. Johannes Varwick

GSP-Einblick 2/2020, April: „Afrika und die Corona-Krise“ von Prof. Dr. Robert Kappel

GSP-Einblick 3/2020, Mai: „Die Corona-Krise und die globale Ordnung“ von Dr. Ulrich Speck

GSP-Einblick 4/2020, Mai: „Die Corona-Virus-Krise als kritischer Wendepunkt für die Welt und die Ukraine“ von Pavlo Klimkin und Dr. Andreas Umland

GSP-Einblick 5/2020, Mai: „Die neue nukleare Frage – eine Antwort auf Rolf Mützenich“ von Prof. Dr. Joachim Krause

GSP-Einblick 6/2020, Mai: „Nichtverbreitung von ABC-Waffen: Die Tiefe Krise des Multilateralismus“ von Dr. Oliver Thränert

GSP-Einblick 7/2020, Juni: „Weltordnung, Pandemien und Sicherheitspolitik“ von Prof. Dr. Johannes Varwick

GSP-Einblick 8/2020, Juni: „Der Aufstieg Chinas – Konsequenzen für die Sicherheitspolitik“ von Christiane Heidbrink, M.A.

GSP-Einblick 9/2020, Juli: „Frühling der Autokraten“ von Dr. Ulrich Speck

GSP-Einblick 10/2020, Oktober: „„Out-of-area“-Einsätze der Bundeswehr und die deutsche Verfassungsordnung“ von Roger Näbig

GSP-Einblick 11/2020, Oktober: „Weshalb Deutschland die NATO braucht“ von Generalleutnant a.D. Heinrich Brauß und Dr. Ulrich Speck

GSP-Einblick 12/2020, November: „Raus aus der Sackgasse: NATO und Russland brauchen Neuansatz“ von Sophie-Eileen Gierend

GSP-Einblick 13/2020, November: „Nord Stream 2 im Zangengriff der Sanktionsbefürworter“ von Dr. Norbert Eitelhuber

GSP-Einblick 14/2021, März: „Zur Außenpolitik der Biden-Administration“ von Prof. Dr. Stefan Fröhlich



Bitte beachten Sie auch unseren [YouTube-Kanal](#).

Die **GSP** ist die **älteste** und **größte sicherheitspolitische Vereinigung Deutschlands** und bundesweit sowie in vielen Schichten der Gesellschaft präsent. Mit über **6000 Mitgliedern** in sieben Landesbereichen und über **70 Sektionen** diskutieren und vermitteln wir **Sicherheitspolitik** deutschlandweit – **gehaltvoll, sachkundig, parteiunabhängig, ideologiefrei, bunt** und mit **Herzblut**.

Präsident der GSP und presserechtlich verantwortlich ist Prof. Dr. Johannes Varwick; Redaktion: Fabian Schlüter B.A.



GSP-Einblick* ISSN 2701-4088

Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

Geschäftsstelle Bonn
Wenzelgasse 42
53111 Bonn
T +49 (0)228 652556
geschaeftsstelle@gsp-sipo.de

Berliner Büro
Reichstagufer 14
10117 Berlin
praesidenten-buero@gsp-sipo.de

Abonnieren Sie auch unseren Newsletter
und unsere Social-Media-Kanäle!

 www.gsp-sipo.de/wir-ueber-uns/newsletter
 www.gsp-sipo.de
 www.twitter.com/gsp-sipo
 www.facebook.com/GSPSipo